

78/I/2022 AG Migration und Vielfalt
Personelle Stärkung der Ausländerbehörden in Brandenburg

Beschluss:

Der Landesvorstand der SPD Brandenburg, die SPD-Landtagsfraktion und die SPD-geführte Landesregierung werden aufgefordert, sich für eine personelle Stärkung der Ausländerbehörden in Brandenburg einzusetzen, um eine effektive und angemessene Geschwindigkeit bei der Antragsbearbeitung zu garantieren.

Überweisen an

Landesvorstand, Landtagsfraktion

Stellungnahme(n)

In Bearbeitung

Als SPD-Landtagsfraktion setzen wir uns für eine bessere und zügigere Bearbeitung in den Ausländerbehörden ein. Lange Wartezeiten sind insbesondere für Betroffene belastend. Umso wichtiger ist es daher den Ausländerbehörden eine geeignete Ausstattung zur Bearbeitung an die Hand zu geben. Insbesondere im Bereich der Digitalisierung von Ausländerbehörden können Verfahren standardisiert und somit effizienter ausgestaltet werden. Das Land Brandenburg hat im Rahmen der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes die federführende Bearbeitung im Themenfeld „Ein- und Auswanderung“ übernommen. Erste digitale Lösungen wurden bereits erarbeitet und Brandenburgs Ausländerbehörden zur Verfügung gestellt. Die SPD-Fraktion ist auch weiterhin im steten Austausch mit dem Ministerium des Innern und für Kommunales.

Der SPD-Landtagsfraktion ist bekannt, dass sich die Prozesse vor Ort aktuell schwierig gestalten und zum Teil sehr langwierig sind. Die derzeitigen Gegebenheiten, zum Beispiel wenig Personal und fehlende Digitalisierung sowie fehlende Einheitlichkeit, stellen zusätzliche Herausforderungen dar. Die jeweiligen Anlaufstellen sind in den Landkreisen verschieden ausgestattet bzw. angegliedert und entscheiden unterschiedlich, nach lokalem Ermessen. Wir werden uns daher auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Landesregierung - trotz des kommunalen Selbstverwaltungsrechts - Verbesserungen in den Ausländerbehörden vorantreibt.